

1. Einleitung

1.1 Erkenntnisinteresse und wissenschaftliche Problematisierung

Das Jahr 2011 hat in vielen Ländern der NAWA-Region¹ tiefe Spuren hinterlassen. Nach Jahrzehnten autoritärer Staatsführung und Illiberalität, schien für einen kurzen historischen Moment eine politische Öffnung dieser Gesellschaften möglich. Während die Wucht und Unmittelbarkeit der Ereignisse viele externe Beobachter*innen überraschte, offenbart ein analytischer Blick auf die Mobilisierungen und Begründungen der Proteste, dass die Zeit für die Erhebungen in verschiedenen Ländern – bei allen strukturellen, historischen und politischen Unterschieden – wie Tunesien, Ägypten, Libyen, Syrien, Jemen, mehr als reif war.

Massive soziostrukturelle Ungleichheiten, intransparente, ineffiziente Staatsapparate, hohe Arbeitslosigkeitsraten, insbesondere unter jungen Menschen, korrupte Herrschereliten in Verbindung mit illiberalen staatlichen Verfasstheiten, die politische Teilhabe und Engagement auf zivilgesellschaftlicher Ebene weitgehend ausschließen, liefern als summierte Merkmalsausprägungen mit wechselseitigen Beziehungsverflechtungen plausible Erklärungsansätze für den politischen Protest von Millionen Menschen.

Der autoritäre Status Quo, dessen Aufrechterhaltung allzu oft im Interesse *westlicher*² Mächte lag, schien auf lange Zeit unüberwindbar. Unabhängige politische Partizipation in Form von Parteien oder anderen Interessenorganisationen war praktisch unmöglich. In Ägypten, dem Untersuchungsland dieser Studie, gab es unter Präsident Husni Mubarak, der ab 1981 das Land regierte, zwar Parteien, die neben der von ihm geführten Nationaldemokratischen Partei (NDP) existieren durften; jedoch waren diese Parteien ausnahmslos kooptierte Akteur*innen,

1 NAWA-Region steht für Nordafrika und Westasien und soll ethnozentrische und essentialisierende Benennungen der geographischen Region wie Islamische Welt, Arabische Welt, Orient oder auch MENA vermeiden.

2 Dem Autor ist bewusst, dass der Begriff der westlichen Welt ähnlich homogenisierend und verkürzend ist, wie derjenige der Islamischen Welt. Aus diesem Grund werden im Folgenden solche Begriffe und uneigentliche Ausdrucksweisen kursiviert. So sollen umständliche Formulierungen, wie z.B. »so genannte Westliche Welt« etc. vermieden werden.

die keinen reellen Einfluss auf politische Entscheidungen der Regierung hatten. Sie galten vielmehr als Papp-Parteien (*ahzab cartoniya*), die lediglich helfen sollten, eine demokratische Fassade aufrechtzuerhalten. Damit nahmen sie eine systemstabilisierende Funktion ein, indem sie die Illusion von Meinungsfreiheit und Pluralismus aufrechterhielten. Wahlen und die Partizipation dieser Parteien an ihnen hatten eine zusätzliche legitimatorische Funktion für das Regime (Hamid 2014: 133).

Nach dem Rücktritt Mubaraks blieben autoritäre Strukturen in vielen Teilbereichen der Gesellschaft und Politik bestehen. Die Parallelität von liberalen Elementen und autoritärem Erbe ist in Prozessen sozialen Wandels nichts Ungewöhnliches. Vielmehr ist der Umgang mit und die Interpretation dieser hybriden Situation *durch die Beteiligten* von Interesse, weil sich daraus Handlungsoptionen für sie ergeben, die wiederum Rückwirkungen auf den Transitionsprozess haben. Die durch den Rücktritt Mubaraks sich verändernden politischen Möglichkeitsstrukturen (*political opportunity structures*, POS) eröffneten der ägyptischen Opposition nach Jahrzehnten des politischen Ausschlusses neue Wege. Inwieweit diese jedoch konstruktiv wahrgenommen und genutzt wurden, bleibt eine zu klärende Frage.

Der Arbeit liegt folglich die Ausgangsprämisse zugrunde, der zufolge Liberalisierungen des autoritären politischen Systems sowie eine Demokratisierung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse nicht ohne die Überwindung des Widerstands der herrschenden Kräfte möglich ist. Dies impliziert politische Auseinandersetzungen (*contention*) organisierter Interessenaggregationen, um die kollektive Interpretation der Ereignisse, die Repräsentation gesellschaftlicher Lagen sowie die Verfügungsgewalt über Ressourcen. Diese Auseinandersetzungen, so eine weitere These, münden nur dann in einen konstruktiven politischen Prozess, wenn sie von einer *Anerkennung* der asymmetrischen Machtverhältnisse zwischen den Akteur*innen ausgehend, in eine agonale politische Form der dauerhaften Aushandlung, des institutionalisierten Kompromisses überführt werden (Mouffe 2007, 2016).

Zugleich zeigt das Beispiel Ägyptens, dass die Einführung formaldemokratischer Verfahren und liberaler Rechte – Wahlen, Zulassung politischer Parteien, Versammlungs- und Pressefreiheit usw. – zwar als Erfüllung einer Minimaldefinition von Demokratie und eines von Konsens geprägten Kompromisses angesehen werden kann; doch darüber hinaus wurde deutlich, dass die multiplen, sich überlagernden und ungelösten innergesellschaftlichen Konfliktlinien erhebliche Einschränkungen für die Realisierung dieser Freiheiten bedeuteten. Die erstmals mögliche, uneingeschränkte Artikulation zum Teil antagonistischer gesellschaftlicher Interessen, die immer auch soziale Lagen abbilden, führte zu heftigen Anwürfen, umkämpften Interpretationen eines künftigen, noch zu schreibenden Sozialvertrags und steigerte sich zu einer *radikalen Polarisierung* oppositioneller Akteur*innen aus dem säkularen und islamischen Lager. Eine solche Polarisierung

ist gekennzeichnet durch einen ideologisch-weltanschaulichen Gegensatz, dessen zentrales Merkmal die Feindwahrnehmung des politischen Gegners ist und seinen Repräsentationsanspruch gesellschaftlicher Schichten als illegitim ablehnt. Dauerhafte Allianzen, Bündnisse und Pakte auf Seiten der Opposition, die auch die islamischen Akteur*innen einschließen, wurden auf diese Weise erschwert und unterlagen stets dem Vorbehalt zeitlich sehr begrenzter, brüchiger Wahlallianzen.

Vor diesem Hintergrund ist nach Jahrzehnten von zuerst kolonialer und dann einheimischer autoritärer Herrschaft – oftmals in republikanisch-säkularem oder monarchisch-säkularem Gewand – nach den Bedingungen politischer Teilhabe und Partizipation in Ägypten zu fragen, die *allen* politischen Akteur*innen die Integration in das sich demokratisierende politische System ermöglicht.

In entwickelten Demokratien mit institutionalisierten Konflikten, welche auf Klasse, Weltanschauung, Ethnie oder Geschlecht beruhen, gilt die Macht von sozialen Gruppen und die Existenz schwerer Konflikte, etwa um die weltanschauliche Ausrichtung des Staates, als überwunden bzw. institutionell eingehegt – auch wenn aktuelle Kämpfe um die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie zunehmender Rassismus in Form eines alt-neuen ethno-Nationalismus in vielen Ländern der EU daran erinnern, dass institutionalisierte kollektive Beziehungen immer dem Vorbehalt des Temporären unterliegen.

In sich entwickelnden Demokratien bestimmen Konflikte um Weltanschauung und politische sowie soziale Teilhabe oftmals die tagespolitische Agenda. Nicht Institutionen gelten hier als Konfliktmanager, sondern unterschiedlich machtvollle Gruppen, sogenannte (herrschende) strategische und konfliktfähige oppositionelle Gruppen (SKOG), die sich mit unterschiedlichen Interessenlagen gegenüber stehen.

Folglich lautet die zentrale Frage dieser Studie, wie sich der Regimewandel eines neopatrimonialen politischen System gestaltet, welche strukturellen Determinanten des politischen Systems den Transitionsprozess hemmen oder fördern, und wie sich Akteur*innendynamiken zwischen Opposition und Regime in diesem Prozess gestalten.

Neopatrimonialismus bezieht sich auf die über Klientel- und Patronagestrukturen vermittelte politische Herrschaft. Als Renten werden materielle wie immaterielle Kapitalarten bezeichnet, die als Revenuen an anderer Stelle erwirtschaftet werden. Entsprechend zeichnen sich solche politischen Systeme durch eine enge Verzahnung von ökonomischer und politischer Macht aus.³

3 Der Ansatz bleibt in seiner deskriptiven Funktion des politischen Systems Ägyptens, insbesondere was das Ineingreifen der Teilsystemlogiken betrifft, erste theoretische Wahl. Die darin enthaltenen impliziten und expliziten, bisweilen essentialisierenden Annahmen über einen arabischen Exzeptionalismus hinsichtlich demokratischer Strukturen werden in dieser Arbeit nicht problematisiert werden. Es soll an dieser Stelle die kritische Frage ausrei-

Diese Eliten ringen in Demokratisierungsprozessen mit oppositionellen Akteur*innen um Einflusschancen im politischen System, notwendige institutionelle Veränderungen sind oft umkämpft. Eine Veränderung des politischen Systems hängt maßgeblich von der Organisations- und Konfliktfähigkeit der Opposition ab. D.h. auf welche mobilisatorischen und ideologischen Ressourcen kann sie für die Aushandlung einer neuen Ordnung zurückgreifen, um als strukturierte Akteur*in systemrelevante Leistungen kollektiv zu verweigern oder damit zu drohen (Schubert et al. 1994).

An dieser Stelle soll ein vorläufiger Hinweis auf die noch genauer zu untersuchenden Probleme einer stark fragmentierten, säkularen Oppositionsbewegung ausreichen, deren mangelhaft ausgebildete Organisationsfähigkeit sie im Kampf mit den gut organisierten, konsolidierten strategischen Gruppen und der Muslimbruderschaft um die Ausgestaltung einer neuen politischen Ordnung strukturell benachteiligt. Allerdings zeichnet sich der SKOG-Ansatz durch ein strukturalistisches Übergewicht aus. Zwar benennt er die ideologische Komponente solcher Machtkonflikte, versäumt es aber, die Entstehung und Bedeutung ideologischer Parteifamilien (*cleavages*) sowie politischer Identitäten in den Auseinandersetzungen zu analysieren.

Aus diesem Grund soll Lipsets/Rokkans Ansatz der ideologischen Parteienfamilien (Cleavage-Ansatz) den SKOG-Ansatz ergänzen (1967). Zusätzlich soll Chantal Mouffes (2007, 2016) *Konzept des Politischen bzw. polarisierter politischer Identitäten* in seiner anerkennungstheoretischen Dimension adaptiert werden (Bedorf 2010; Fraser/Honneth 2003; Honneth 1992); d.h. der Gegensatz zwischen institutionalisierter Politik und *dem Politischen* soll auf Transitionsprozesse übertragen werden, und das Politische als konflikthafte Unterbrechung institutionalisierter Politik theoretisiert werden.

Denn nur durch die Anerkennung politischer Gegner, so lautet eine These, kann ein anderes, wichtiges Kriterium für systemveränderndes Potential von Akteur*innen erfüllt werden: Ihre Bündnisfähigkeit und -bereitschaft. Die Erfüllung dieser Kriterien gilt in der politikwissenschaftlichen Transformationsforschung als wichtige Voraussetzung für das Gelingen von Transformationen (vgl. klassisch O'Donnell/Schmitter 1989). Auf der ideologischen Ebene interessieren deshalb vor allem Dynamiken weltanschaulicher Anerkennung oder Ablehnung zwischen oppositionellen Akteur*innen. Inwieweit wurden im Gegensatz dazu auf Sachfragen orientierte Konfliktlinien wahrgenommen und betont?

Die vorliegende Arbeit folgt deshalb grundsätzlich dem Schema, politischen Wandel als Folge von konfliktiven politischen Auseinandersetzungen (*political con-*

chen, warum eine enge Verzahnung politischer und ökonomischer Macht nur Kennzeichen eines sogenannten neopatrimonialen Staates sein soll und nicht etwa auch charakteristisch für eine konsolidierte kapitalistische Demokratie wie den USA oder auch der BRD?

tion) und daraus resultierenden Verschiebungen des Kräfteverhältnisses zwischen *strategischen herrschenden sowie konfliktfähigen oppositionellen Gruppen* zu analysieren.

Oft verlaufen diese Prozesse nicht linear, sondern sind geprägt von einer »situativen Dynamik«, in der sich Akteur*innenkonstellationen, Mobilisierungsstrategien und politische Opportunitätsstrukturen über die Zeit verändern und relational bedingen (Harders 2013: 26; McAdam et al. 2001: 268). Die diesen Dynamiken zugrundeliegenden Verhältnisse werden einerseits durch die institutionellen Strukturen bestimmt, in denen sich die Akteur*innen bewegen (Umweltbedingungen), und zum anderen durch das in diesen Strukturen sich vollziehende Handeln kollektiver Akteur*innen, das sich wiederum auf ihre Handlungsoptionen *und* die Struktur auswirkt (Tilly/Tarrow 2015: 67).

Da es sich bei den zu untersuchenden strategischen und oppositionellen Akteur*innen um im Verlauf der Transition neu entstandene Organisationen handelt, soll versucht werden, diese Akteur*innen in ihrer Genese sowohl mittels *Netzwerktheorien* als auch *Analysen von Netzwerkorganisationen* (Stegbauer 2010b, 2010b, 2016; Stegbauer/Häußling 2010a; Sydow 1995, 2010; Sydow/Ortmann 2001, 2001) sowie akteur*innenzentrierter *neo-institutionalistischer Ansätze der Organisations- und Parteienlehre* theoretisch zu fassen (DiMaggio/Powell 1983; Matys 2014: Kap. 2&3; Mayntz/Scharpf 1995a; Meyer/Rowan 1977). Auf diese Weise wird ihrem fluiden Charakter, der zwischen heterarchischer Netzwerkstruktur und fester konsolidierter Organisation changiert, Rechnung getragen werden.

Doch kollektive Handlung benötigt mehr als Bündnisfähigkeit, organisationale Konfliktfähigkeit und die Verfügungsgewalt über Ressourcen, wie es der SKOG-Ansatz oder der Contentious-Politics-Ansatz fordern. Kommunikative Prozesse kollektiver politischer Identitätsbildung in Netzwerken, Protestgruppen und sozialen Bewegungen, die Angleichung kollektiver Erwartungen und die Erkenntnis, dass kollektive Handlung auch Veränderung bewirken kann, gehen der Handlung voraus und sind maßgeblich von Interpretationen der sozialen Wirklichkeit beeinflusst.

Deshalb interessieren darüber hinaus *kollektive Deutungsrahmen (frames)*, die sich in Netzwerken und Protestbewegungen kommunikativ bilden und insbesondere bei der Mobilisierung eine große Rolle spielen, da sie den Akteur*innen helfen, ihre kollektiven Problemlagen zu definieren, zu Handlung motivieren und zu kollektiver Handlung anleiten. Allerdings wird keine detaillierte Frameanalyse durchgeführt, sondern der Zusammenhang von Framing, Mobilisierung und politischer Legitimität der säkularen Opposition untersucht, um Rückschlüsse darauf ziehen zu können, *warum* der Transitionsprozess in Ägypten diesen spezifischen Verlauf annahm.

Da auf der Akteur*innenseite säkulare Parteien im Mittelpunkt des Interesses stehen, soll danach gefragt werden, wie sich im *inersäkularen oppositionellen Lager*

reale Versuche der kollektiven Aushandlung gestalteten? Welche systemischen oder akteur*innenspezifischen Einflussfaktoren (Ideologie, Machtpolitik, Institutionelle Hemmnisse und Gelegenheitsstrukturen) lassen sich identifizieren? Welche Mechanismen und Prozesse führten zu Allianzen oder Bündnissen oder haben diese verhindert? Welchen Einfluss hatte die Konstituierung der Akteur*innen auf die Allianzbildung?

Ist darüber hinaus – im Verhältnis zu islamischen Akteur*innen – Kooperationsbereitschaft bei den säkularen Parteiorganisationen vorhanden, die es erlaubt, im Transformationsprozess einen »neuen Gesellschaftsvertrag« auszuhandeln, dem alle maßgeblichen gesellschaftlichen Gruppen und Akteur*innen zustimmen können, insbesondere ihre islamischen⁴ Gegner*innen (Zorob 2013)?

Diese Fragen sollen zum einen Aufschluss über die *Anerkennungsverhältnisse* innerhalb der säkularen Opposition geben und wie sich diese auf die Transition ausgewirkt haben. Zum anderen soll analysiert werden, wie der weltanschauliche Gegensatz zwischen der Muslimbruderschaft und säkularen Parteiorganisationen sich auf Aushandlungsprozesse, die Bündnisbildung und damit auf die Gelegenheitsstrukturen im Transitionsprozess, ausgewirkt hat.

Denn für die Analyse Ägyptens bleibt die Frage nach dem Verhältnis von säkularen und islamischen Akteur*innen⁵ sowie der Rolle des Islams in Staat und Gesellschaft zentral. Nicht erst die kurze Regierungszeit der Muslimbruderschaft zwischen 2011 und 2013 hat die radikale Polarisierung zwischen beiden – wiewohl heterogenen – Blöcken sichtbar gemacht; thesenhaft formuliert, haben sich bereits

4 Bei dieser Frage lege ich die Annahme zugrunde, dass nur durch eine praktische und ideologische Einbindung der islamischen Parteien und Organisationen ein erfolgreicher Übergang zu mehr Demokratie vollzogen werden kann, selbst wenn diese aus Sicht der Demokratisierungs- und Transformationsforschung einen nur mangelhaft ausgebildeten Demokratiebegriff besitzen sollten, vgl. Salamé (1994). Schließlich repräsentieren islamische Organisationen große Teile der ägyptischen Bevölkerung, so dass ein politischer Ausschluss dieser Bevölkerungsschichten nur unter Bedingungen des Autoritarismus vollzogen werden kann.

5 Diese historisch gewachsenen Konfliktlinien sind im Wesentlichen Ergebnis zweier gegensätzlicher Modernisierungstendenzen Ägyptens: Zum einen der säkulare Nationalismus, der in der Unabhängigkeitsbewegung zwischen 1919 und 1922 seinen ersten pointierten Ausdruck im 20. Jahrhundert fand und in der vollständigen Dekolonisierung Ägyptens und der damit einhergehenden Abschaffung der Monarchie im Jahr 1952 durch die Freien Offiziere pipfelte. Und zum anderen die intellektuellen Entwicklungen, die durch Muhammad Abduh (gest. 1905), Hasan al-Banna (gest. 1949) und Sayyid Qutb (gest. 1966) in Form eines politisierten, antikolonial-nationalistischen Islams angestoßen wurden und zur Gründung der Muslimbruderschaft im Jahr 1928 als erster islamischer moderner Massenbewegung führten. Beide Tendenzen konkurrieren seit den 1920er Jahren um die intellektuelle und politische Vorherrschaft in Ägypten.

bei der zivilgesellschaftlichen Mobilisierung westlich orientierte, junge, wohlhabende und urbane Mittelschichtsangehörige und deren politische Ziele von eher traditionell eingestellten, armen und kleinbürgerlich-konservativen Schichten abgehoben. Im Protest, wo es galt, das Regime als gemeinsamen Gegner zu bekämpfen, traten diese Divisionen in den Hintergrund, um mit Wucht nach der Mobilisierungsphase auf die tagespolitische Agenda zurückzukehren.

Die Frage, die es in diesem Zusammenhang zu beantworten gilt, lautet folglich nicht, ob es diese Polarisierung gab, sondern es stellt sich die Frage nach ihrer spezifischen Einbettung im politischen Prozess – und wie sich dies auf die Chancen einer erfolgreichen Transition ausgewirkt hat.

1.2 Wissenschaftstheoretische Einbettung der Arbeit und Methodologie

Mit diesen Überlegungen wird klar, dass der Fokus der vorliegenden Arbeit einerseits auf – strukturell gelagerten – politischen und sozialen Transformationsprozessen in Ägypten liegen soll und andererseits auf den beteiligten innerstaatlichen Parteien, die sich während und nach den Mobilisierungen im Frühjahr 2011 gebildet haben. Die zu untersuchenden Parteien werden auf zwei Ebenen analysiert: Einmal in ihrer strukturellen sowie machtpolitischen Verortung im politischen System Ägyptens (Makroebene) und andererseits werden Mobilisierungs-, Organisations- sowie Konsolidierungsprozesse dieser Parteien und sie umgebender Protestnetzwerke untersucht (Mikro- und Mesoebene). Daneben sollen diejenigen Faktoren und Strukturelemente des sich verändernden politischen Systems immer wieder in die Analyse miteinbezogen werden, die sich auf die Konstituierung und Handlungen der entstehenden kollektiven Akteure auswirken.⁶

Hinsichtlich der begrifflich-theoretischen Einordnung des zu untersuchenden Phänomens, bedient sich die Arbeit zweier Begriffe: Einmal wird von Transition gesprochen, wenn konkrete politische Prozesse analysiert werden, die den Regimewandel betreffen (ohne zunächst darüber eine Aussage zu fällen, welche Qualität der Wandel hat). Zum anderen greift sie auf den Begriff der Revolution zurück, um die Ganzheit der Ereignisse zu fassen, die ab 2011 stattfanden.

Die Differenz zwischen beiden Perspektiven einerseits und die Stringenz andererseits, mit der die Menschen in Ägypten die Ereignisse, um den Rücktritt von Mubarak und die folgenden politischen Prozesse bis zum Putsch von Feldmarschall

6 Die zugrundeliegende Annahme hier lautet, dass im Untersuchungszeitraum zwischen 2011-2013 keiner der zu untersuchenden kollektiven Akteure wirklich seine Entwicklung abgeschlossen hatte, sondern sich in einem andauernden Konstituierungsprozess befand.

Abdel Fattah as-Sisi im Sommer 2013, in ihrer Selbstwahrnehmung und Rekonstruktion der Ereignisse als Revolution bezeichnen, tragen weitreichende methodologische und theoretische Implikationen in sich. Der Blick, die Interpretation des Forschenden auf die zu untersuchenden Fragen sollte – und dies ist *auch* eine normative Entscheidung – den formulierten politisch-sozialen Anspruch der beteiligten Akteur*innen immer reflektierend berücksichtigen und sie *daran* messen. Zu oft unterliegt politikwissenschaftliche Transformationsforschung einem – auch normativ geformten – *Democracy Bias*, der die eigene Perspektive auf die Regierungsform der westlich-liberalen Demokratie als Muss setzt und auf andere projiziert (Albrecht/Frankenberger 2010a; Albrecht/Schlumberger 2004; vgl. auch Kollmorgen et al. 2015: 24). Den Modus des Regimewandels als Revolution zu fassen, sagt noch nichts über die Organisation politischer und sozialer Teilhabe *nach* Abschluss des Transitionsprozesses aus.⁷ Im Gegenteil ist über den allseits bekannten Ruf nach dem Sturz des Regimes zu prüfen, welche politischen Visionen die neuen politischen Parteien angestrebt haben.

Damit reiht sich die vorliegende Arbeit wissenschaftstheoretisch in das politikwissenschaftliche Feld der Demokratisierungsforschung ein, mit der Besonderheit anhand einer engen Verzahnung von Theorie und Empirie sowie von Struktur und Handlungsebene den *Verlauf* des politischen Prozesses zwischen Januar 2011 und Juli 2013 analysierend nachzuzeichnen. Sie trägt den Komplexitäten politischen Wandels Rechnung, indem sie die engen Korrelationen, Rückkopplungen sowie Relationalitäten zwischen Struktur und Handlung analysiert. Außerdem weicht sie von politikwissenschaftlicher Transformationsforschung ab, die theoretisch oftmals einen *reinen* Ansatz verfolgt. Die Arbeit nimmt Anleihen bei der Sozialpsychologie, der Sozialen Bewegungsforschung, dem Konstruktivismus als erkenntnistheoretischer Folie und der Kommunikationswissenschaft. Diese disziplinär offene Herangehensweise will den Komplexitäten eines politischen Transitionsprozesses Rechnung tragen.

Dabei wird allerdings kein chronologisches Ablaufmodell des gesamten Untersuchungszeitraums verfolgt, das alle relevanten Ereignisse nachzeichnet; das wäre auch kaum zu bewältigen. Vielmehr sollen zentrale politische Aushandlungsprozesse fallweise zur Operationalisierung der Theorie herangezogen werden.⁸

7 Diese etwas apodiktische Formulierung soll die Leser*innen nicht in die Irre führen: Ein Abschluss sozialer Prozesse ist meist vorläufiger Natur, wie das Beispiel Ägypten selbst sehr gut illustriert.

8 Die Entscheidung, welche politischen Prozesse als relevant oder zentral zu gelten haben, bleibt eine subjektive Entscheidung. Als Auswahlkriterien wurden aus der Theorie wichtige Schritte eines Transformationsprozesses extrahiert, wie Verfassungsgebung, Wahlen, Liberalisierungen vormals autoritär kontrollierter politisch-sozialer Sphären, Bündnis- und Allianzbildung, Machtkämpfe um die Gestaltung des politischen Prozesses, vgl. Merkel (2010: Kap. 6).

Zugleich sollen im Laufe der theoretischen Erörterungen Anschlussmöglichkeiten zwischen den verschiedenen theoretischen Ansätzen aufgezeigt und zusammengeführt werden (vgl. für ein solches Vorgehen Merkel 1996: 325f.). Damit ist ein weiteres Ziel benannt: Neben der analytischen Beschreibung ausgewählter Merkmale der Revolution in Ägypten *zielt die Arbeit auch auf eine Weiterentwicklung theoretischer Erkenntnisse hinsichtlich Transitionsprozessen.*

Die konkrete Analyse der ägyptischen Revolution verläuft dann entlang der theoretisch gewonnenen Erkenntnisse und Modellierungen. Sie bedient sich empirischer Daten, die in Interviews erhoben wurden sowie Parteiprogrammen, Sekundärliteratur und Medienartikeln. Die Interviews wurden in explorativer Weise erhoben, um Leerstellen im Forschungsfeld zu füllen, die auch nicht durch die Analyse von Sekundärliteratur erklärt werden konnten.

Manche Kapitel der Analyse beruhen in erster Linie auf diesen Interviews, weil die Untersuchung an diesen Stellen Pioniercharakter hat und es praktisch keine andere Forschung in diesem Feld gibt. Eine dichte Beschreibung und Interpretation des Verlaufs des Transitionsprozesses soll dort *vorläufige Erkenntnisse* im Sinne einer Felderschließung liefern, um die Gesamtanalyse zu stützen.

Es soll explizit keine Typenbildung ägyptischer politischer Parteien durchgeführt werden, auch wenn in der Analyse existierende Unterschiede und Ähnlichkeiten in Programmen, Strukturen, Legitimitätsbasis der Akteur*innen sowie deren politischen Positionierungen analysiert werden. Dies soll lediglich dem besseren Verständnis der jeweiligen Position und der zwischen den Akteur*innen stattgefundenen Aushandlungen dienen. Folglich lässt sich die vorliegende Arbeit zwischen zwei großen wissenschaftlichen Traditionen verorten: Derjenigen der eher geisteswissenschaftlich geprägten Regionalforschung (NAWA), die mittels dichter Beschreibungen und Interpretationen politischer, historischer und sozialer Art den Untersuchungsgegenstand analysiert und derjenigen der empirischen Sozialwissenschaft, die mittels eigener Daten die Analyse vorantreibt.

Die methodologische und theoretische Verortung der Arbeit macht deutlich, dass es sich einerseits um eine einordnende Innenperspektivierung beteiligter Akteur*innen handelt und andererseits, dass ausschließlich innerstaatliche Dynamiken für diese Arbeit von Relevanz sind.

Die Fokussierung auf die Akteur*innen des Wandels und da insbesondere auf säkulare Parteiorganisationen ist auch der Situation des Forschungsfeldes geschuldet: Die Rolle säkularer, neu entstandener Parteiorganisationen während der ägyptischen Revolution bleibt unterbeleuchtet (Kap. 1.5). Zugleich muss die Bedeutung von Parteiorganisationen für politische Transformationsprozesse in der Politikwissenschaft betont werden: Nach wie vor gelten sie als unabdingbar für die Konsolidierung demokratischer Institutionen. Deshalb sind säkulare Parteiorganisationen diejenigen Akteur*innen, auf die sich die Untersuchung bezieht.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit ist in vier Teile gegliedert. Teil I behandelt die systemischen Aspekte der Transition: Kapitel I-2 theoretisiert das herrschende politische System in Ägypten, das sich als *neopatrimonialer Rentenstaat* bezeichnen lässt. Kapitel I-3.1 führt das konflikttheoretische Konzept der SKOG ein. Im Anschluss daran wird das Konzept der umkämpften Politik (*contentious politics*) vorgestellt (I-3.2), welches das SKOG-Konzept um einige heuristische Elemente erweitern soll.

Teil II führt die Überlegungen aus Teil I fort und erweitert sie um eine kommunikationswissenschaftliche und konstruktivistische Perspektive. Kapitel II-4 führt das Konzept der Deutungsrahmen und politischen Identitäten und ihre Bedeutung für die Mobilisierung von Netzwerken ein. Kapitel II-5 behandelt Theorien von Netzwerken und deren Bedeutung für die Genese von festen formalisierten Organisationen, die in Kapitel II-6 als Netzwerkorganisationen theoretisiert werden. Kapitel II-7 bildet den Übergang zum methodischen Vorgehen in Teil III als auch zur empirischen Analyse in Teil IV. Mittels einer theoretischen Verdichtung und Synthese sollen gewonnene Erkenntnisse aus Teil I und II in Analysedimensionen umgewandelt und operationalisiert werden. Teil III beschreibt die Methoden der Datenerhebung und der Datenanalyse.

Die Analyse der Transition in Teil IV lehnt sich eng an die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse aus Teil I und II an und verknüpft diese mit einer dichten Beschreibung der Ereignisse (Geertz 1997). Kapitel IV-10 beschreibt die Mikroprozesse der Mobilisierung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, des Framings sowie der Herausbildung kollektiver politischer Identitäten. In Kapitel IV-11 werden die Untersuchungsobjekte als fluide Organisationen charakterisiert, die zwischen konsolidierten Apparaten und offenen Netzwerken situiert sind. Kapitel IV-12 und IV-13 schließen die Arbeit ab und stellen die Interaktionen der verschiedenen Akteur*innen ins Zentrum der Untersuchung.

Kapitel 12 behandelt dabei die Auseinandersetzungen und Aushandlungsprozesse der säkularen Parteien. Kapitel 13 hingegen analysiert das Ringen zwischen Militärrat (Supreme Council of the Armed Forces, SCAF), der Muslimbruderschaft und den einzelnen Parteien im säkularen Lager.

1.4 Forschungsstand

Die Literatur zum Demokratisierungsprozess in Ägypten spiegelt nicht zuletzt wegen der hohen Aktualität des Themas und seiner weltpolitischen Relevanz einen Work in Progress wider: Mit dem Frühjahr 2011 setzt zunächst die Produktion einer großen Menge Literatur zum Thema *Arabischer Frühling* ein, die oftmals vergleichend vorging und versuchte, ähnliche Strukturmerkmale in allen betroffenen

Ländern der Region auszumachen (vgl. exemplarisch Achcar 2013; Davis 2013; GI-GA German Institute of Global and Area Studies 2013; Haas/Lesch 2016; Javaher-Haghighi et al. 2013; Jünemann/Zorob 2013; Kelly 2016; Lynch 2014; Ouaisa 2014).

Doch schon bald wurde durch die zunehmend unterschiedlichen Transitions-pfade, die die Länder der Region einschlugen, offenbar, dass ein solches Vorgehen nicht mehr zielführend ist, will man die Dynamiken und Prozesse in den einzelnen Ländern analysieren, ohne in die Falle homogenisierender Betrachtungen zu tappen, die von einer Gleichheit sozialer, politischer und historischer Strukturen ausgehen.

Aus dieser Erkenntnis resultierte eine große Zahl landesspezifischer Studien, die aus einer Makroperspektive die Strukturen und sozio-ökonomischen Verhältnisse analysieren, die zum Ausbruch der Proteste in den einzelnen Ländern geführt haben: Ägypten und Tunesien etwa (Albrecht/Demmelhuber 2013; Masri 2017) oder auch Libyen und Syrien (Edlinger 2015; Edlinger/Kraitt 2015; Hinnebusch/Imady 2018).⁹

Im Laufe der Zeit, als sich ein (vorläufiges) Scheitern der meisten Transitionsprozesse in verschiedener Form zunehmend abzeichnete (autokratischer Regress, Krieg, Bürgerkrieg), änderte sich auch der Tonfall der Publikationen: Waren die meisten frühen Veröffentlichungen der Jahre 2012 bis 2014 noch von Optimismus und der Hoffnung auf eine demokratischere Zukunft der gesamten Region geprägt, so ging es zunehmend um eine Analyse des (vorläufigen) Scheiterns der Revolutionen in verschiedenen arabischen Ländern (Bayat 2017; Hinnebusch 2018; Krieger/Seewald 2017; Masoud 2015; Zambakari/Kang 2016).

Zwar hat seit der brutalen Zurückdrängung der ägyptischen Muslimbruderschaft im Juli und August 2013 durch das neue Militärregime und verstärkt seit der Konsolidierung und Wahl des neuen Machthabers Abdel Fattah as-Sisi im Sommer 2015 eine Produktion von Forschungsliteratur darüber eingesetzt, wieso der *Arabisches Frühling* in Ägypten gescheitert ist (Hatab 2018; Ketchley 2017; Khalifa 2015; Sowers/Rutherford 2016). Umfassende sozialwissenschaftliche Studien über die Rolle säkularer Parteien in Ägypten fehlen jedoch noch immer praktisch ganz.

Stattdessen lassen sich Studien und Analysen, welche die Binnenverhältnisse Ägyptens nicht nur aus einer strukturellen Perspektive betrachten, sondern auf beteiligte Akteur*innen abzielen und deren Rolle bei den Revolutionen, in mehrere Kategorien untergliedern: Studien, die islamische Akteur*innen und deren Interessen sowie Auseinandersetzungen mit anderen staatlichen, wie nicht-staatlichen Akteur*innen ins Zentrum der Analyse stellen (vgl. zu diesem Forschungsstrang exemplarisch al-Anani 2015; El Ashwal 2013; El-Nawawy/Elmasry 2018; Lacroix/Shalata 2016; Lübben 2011, 2013a, 2013b; Mariz 2012; Masoud 2014;

9 An dieser Stelle sollen diese Beispiele ausreichen; die Liste ließe sich im Hinblick auf andere Länder wie Bahrain, Marokko, Jordanien, Jemen fast beliebig verlängern.

Ranko 2014; Ranko/Nedza 2016; Trager 2016). Sowie Studien, die auf Akteur*innen-gruppen und Interessenaggregationen zielen, die sich nicht islamisch legitimieren: Frauen (Badran 2016; Moghadam 2016; Sholkamy 2012), Jugend (Abdalla 2013, 2016b; Abdallah 2012; Ouaisa/Gertel 2014; Shehata 2012), Arbeiter*innen (Albrecht 2013; Beinin 2012, 2015; Bishara 2012, 2018; Weipert-Fenner 2013), Militär (Alnasseri 2016b; Grawert/Abul-Magd 2016; Marshall/Stacher 2012).

Neben diesen single-issue- bzw. single-player-Studien, sind für das Verständnis des Transitionsprozesses in Ägypten und für die vorliegende Arbeit Studien von großer Relevanz, die das Zusammenspiel verschiedener gesellschaftlicher säkularer Akteur*innen beleuchten sowie die (Konflikt-)Dynamiken, Interaktionen sowie die strukturellen Hemmnisse (*constraints*) und Möglichkeiten (*opportunities*) auf diese Dynamiken analysieren. Die wissenschaftliche Hinwendung zur sozialen Urheberschaft der Revolutionen lenkt den etablierten Blick der Politikwissenschaft weg von rein strukturellen Analysen, wie sie weiter oben angesprochen wurden, oder auch elitenzentrierten Betrachtungen, die Stabilität oder Wandel nur anhand des Handelns staatlicher Akteur*innen erklären (»Regimezentrismus«) (Grimm 2015: 113).

Einen ersten Schritt in diese Richtung liefert Cilja Harders in einem Aufsatz, in dem sie auf Akteur*innenkonstellationen während und nach der ägyptischen Revolution eingeht. Theoretisch deutet sie eine Synthese des SKOG-Ansatzes, transformationstheoretischen Elementen sowie Asef Bayats Ansatz des *quiet encroachment* an, also der informalen Wiederaneignung öffentlichen Raums durch städtische Arme (Bayat 2010; Harders 2013: 29).

Der genannte Sammelband von Albrecht/Demmelhuber geht in seinen verschiedenen Teilen zwar auf eine Reihe von relevanten Akteur*innen ein; doch stehen diese unverbunden nebeneinander – eine Synopse unter dem Schirm einer einheitlichen theoretischen Herangehensweise fehlt noch (2013). Zudem bleiben beide Arbeiten im Theoretischen, eine empirische Untersuchung zu Akteur*innenkonstellationen und -dynamiken bieten sie jeweils nicht an.

Nina Guerins Ansatz, Almonds und Verbas Konzept der politischen Kultur für Ägypten und Marokko anzuwenden, stellt einen interessanten Versuch dar, der allerdings nur die Ursachen für den Umbruch beleuchtet. Zwar führt sie eine empirische Studie durch, die die »demokratischen Einstellungen« der Befragten untersucht, ohne jedoch eine bestimmte Akteur*innengruppe besonders hervorzuheben (Guerin 2014: 313).

Arbeiten, die das Verhältnis von Demokratie, Staat und Säkularismus in Ägypten aus historischer, ideengeschichtlicher oder soziologischer Perspektive analysieren sind in der Literatur häufiger zu finden, als Analysen, die explizit säkulare Parteiorganisationen analysieren, die nach Februar 2011 entstanden sind (Agrama 2012; Esposito et al. 2016; Hasso 2015; Hefny 2014; Lust et al. 2013; Sika 2012a).

Wesentliche Arbeiten in diesem Bereich, die die post-Mubarak Entwicklung analysieren, sind die von Dunne/Hamzawy (2017), der Aufsatz von Lust/Waldner (2016) sowie die beiden Sammelwerke des Arab Forum for Alternatives in Kairo (o.J., 2015), einem Think Tank und Policy Forschungsinstitut, das Handlungsempfehlungen für die säkularen Parteien formuliert. Daneben gibt es schematische Darstellungen des neuen Parteiensystems in Ägypten, die an dieser Stelle aber keiner näheren Betrachtung unterzogen werden sollen: Carbonari (2011), Gemeinder et al. (2011), Dunne/Hamzawy (2017), Grimm/Roll (2016) sowie Hasan (2012).

Dunne/Hamzawys Studie untersucht säkulare Parteien in einem Zeitraum von 2011 bis 2017, bezieht allerdings historische Betrachtungen über die Entwicklung des ägyptischen Parteiensystems mit ein. Erkenntnistheoretisch steht das Verhältnis des Regimes bzw. vergangener Regime zu den säkularen Parteien im Fokus. Bei der Rezeption muss auch berücksichtigt werden, dass Amr Hamzawy Teil des politischen Prozesses in Ägypten war: Zunächst wurde er als möglicher Co-Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Ägyptens gehandelt, gründete nach einem Zerwürfnis mit anderen Parteiführer*innen innerhalb der Partei jedoch seine eigene Partei, Das Freie Ägypten (*misr al-hurriya*), (Ahram Online 2011a; Carnegie Endowment for International Peace 2011b).

Die Autor*innen situieren säkulare Parteien nicht auf einem herkömmlichen links-rechts-Spektrum, sondern ordnen sie nach dem Kriterium Staatsnähe bzw. Opposition, wobei sie dies nicht an der Ideologie, sondern am politischen Handeln der Parteien und dem Grad der Kooptation bzw. Einbindung durch den Staat determinieren (Dunne/Hamzawy 2017: 4f.). Dieses Vorgehen steht im Einklang mit der SKOG-Theorie, welche Akteur*innen nach ihren Aneignungschancen und dem Zugriff auf Ressourcen (Stellung im Herrschaftssystem) klassifiziert (Kap. I-3.1). Auch angesichts des beginnenden Transitionsprozesses ist es plausibler, die Akteur*innen nach ihrer Staatsnähe und dem damit verbundenen Ressourcenzugriff zu klassifizieren, als nach einer gewiss noch schwach ausgeprägten ideologischen Fundierung.

Im weiteren Verlauf der Studie analysieren die Autor*innen, welche Taktiken das Regime in der politischen Auseinandersetzung mit den säkularen Parteien eingesetzt hat, um diese zu schwächen.

Den größten Teil der Studie nimmt jedoch die Analyse des Versagens der säkularen Parteien im Ringen mit dem Regime ein. Beide Teilanalysen bedienen sich aber keines explizierten theoretischen Frameworks, sondern beschreiben anhand von Sekundärquellen den politischen Prozess in Ägypten.

Die Studie von Lust/Waldner zu Parteien in Transitionsprozessen stellt die vier Länder Ägypten, Tunesien, Libyen und Irak in den Mittelpunkt. Damit reiht sie sich einerseits in die Regionalforschung ein, andererseits in das Feld der Transitionsforschung. Allerdings verbleiben die Forscher*innen auf einer rein strukturellen Ebene, die lediglich Akteur*innenkonstellationen in den Blick nimmt, ohne dies

jedoch auf den Transitionsprozess zu beziehen. Eine eigene empirische Erhebung führen sie nicht durch. Die Autor*innen erstellen eine Matrix, die autoritäre Herrschaftspraktiken und deren Erbe (*authoritarian legacies*) in ein Verhältnis zu politischen Parteien und sozialen Bewegungen setzen und daraus Konsequenzen für die Struktur des jeweiligen Parteiensystems, sowohl unter autoritären Herrschaftsbedingungen als auch im Transitionsprozess ableiten (Lust/Waldner 2016: 162). Damit weichen sie von herkömmlichen Studiendesigns der Autoritarismusforschung ab, die Handlungsstrategien autoritärer Regime im Zusammenhang mit ihrem möglichen Überleben untersuchen (Kap. I-2.3).

Ägypten bezeichnen sie als inklusives autoritäres Regime, welches neben der herrschenden Partei loyale Oppositionsparteien sowie einige soziale Bewegungen zulässt (ebd.: 163). Das daraus resultierende, post-autoritäre Parteiensystem sei deshalb als »heterogen und asymmetrisch« zu bezeichnen, drei Parteitypen würden in der Regel dominieren: Altparteien (*relic parties*), neue Parteien (*novice parties*) sowie Bewegungsparteien (*movement parties*) (ebd.: 176) (Kap. II-6.1).

Aus dem dargestellten Stand der Forschung lässt sich ein Forschungsdesiderat ableiten, das

1. säkulare politische Parteien in Ägypten ins Zentrum des Forschungsinteresses stellt;
2. sowohl die Entstehung als auch die Konsolidierung der Parteien sowie die Dynamiken mit der instabilen Systemumwelt bei diesen Prozessen in den Analysefokus nimmt;
3. die Interaktionen und Akteur*innendynamiken zwischen diesen Parteien, dem Regime und islamischen Parteien untersucht;
4. handlungstheoretische und strukturelle Elemente bei der Analyse verbindet.